



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des finances DFIN
Finanzdirektion FIND

Rue Joseph-Piller 13, 1701 Fribourg

T +41 26 305 31 01, F +41 26 305 31 10
www.fr.ch/dfin

An die bei der Staatskanzlei
akkreditierten Medien

Freiburg, den 13. Juli 2012

Medienmitteilung

Kantonsfinanzen: Die angekündigten Schwierigkeiten bestätigen sich

Der Staatsrat zeigte sich bereits bei der Präsentation der Rechnungsergebnisse 2011 besorgt über die Perspektiven der Kantonsfinanzen. Er sah die Kantonsfinanzen am Scheideweg und befürchtete negative Auswirkungen zahlreicher Faktoren für die kommenden Rechnungsjahre. Diese Befürchtungen bewahrheiten sich leider und zwingen die Regierung, Massnahmen zur Gewährleistung eines ausgeglichenen Staatshaushalts zu ergreifen.

Aufgrund der Zwischenergebnisse per Ende April 2012 sowie von Stichprobenerhebungen und Hochrechnungen der Steuererträge muss für die Staatsrechnung 2012 mit weit weniger positiven Ergebnissen gerechnet werden als in der Staatsrechnung 2011 (Ertragsüberschuss von 144,9 Millionen vor Abschlussbuchungen). Die voraussichtliche Entwicklung der Steuererträge sowie Budgetüberschreitungen bei gewissen Aufwandkategorien werden eine markante Verschlechterung der Ergebnisse des Rechnungsjahres 2012 gegenüber den Vorjahren zur Folge haben.

Besorgniserregende Finanzperspektiven 2013-2016

Der Staatsrat hat bereits zehn Sitzungen auf die Prüfung des von den Direktionen unterbreiteten Legislaturfinanzplans für die Jahre 2013-2016 aufgewendet. Die ersten Ergebnisse fielen mit einem durchschnittlichen jährlichen Aufwandszuwachs von 5,5% und einem bei 0,5% stagnierenden Ertragszuwachs sehr schlecht aus. Die kumulierten Defizite der Erfolgsrechnung für die Jahre 2013-2016 lagen damit bei 1,9 Milliarden Franken.

Angesichts dieser äusserst besorgniserregenden Perspektiven hat der Staatsrat sämtliche grossen Aufwand- und Ertragskategorien des Staatshaushalts einer eingehenden Prüfung unterzogen. Er hat bereits zahlreiche Beschlüsse gefasst, die den Aufschub, die Neustaffelung oder den Verzicht auf neue Projekte und bestehende Leistungen betreffen. Weiter hat er auch die laufenden Ausgaben erheblich gekürzt.

Kurz- und mittelfristig zu treffende Massnahmen

Der Voranschlag 2013 weist nach jetzigem Stand einen Fehlbetrag von über 100 Millionen Franken aus. Mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes vor Augen haben die Direktionen den Auftrag erhalten, Vorschläge zur Verringerung der Ausgaben und zur Erhöhung der Einnahmen zu machen. Der Staatsrat stellt fest, dass die Ergebnisse für das Jahr 2014 und die folgenden Jahre starkdefizitär

sein werden. Damit die in der Kantonsverfassung verankerte Vorschrift der ausgeglichenen Erfolgsrechnung eingehalten werden kann, müssen daher ergänzende strukturelle Massnahmen in Form eines Sparprogramms ergriffen werden, die namentlich folgende Bereiche betreffen:

- deutlich weniger neu geschaffene Stellen,
- Massnahmen zur Beschränkung des Lohnsummenanstiegs,
- Aufwandkürzungen bei den Subventionen,
- Moratorium für die Folgeleistung gewisser parlamentarischer Vorstösse, die auf vermehrtes staatliches Handeln abzielen,
- Beitrag der Gemeinden zu den Anstrengungen zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts.

Angesichts des Ausmasses der Defizite und des Willens, gleichzeitig das Investitionsprogramm des Staates aufzustocken und die gegenwärtigen prioritären Leistungen zu konsolidieren, verfügt der Staatsrat über keinerlei Spielraum, um kurzfristig eine weitere Steuersenkungsrunde ins Auge zu fassen.

Der Staatsrat wird gleich nach der Sommerpause mit der Ausarbeitung des Sparprogramms beginnen, um es dem Grossen Rat baldmöglichst vorlegen zu können.